

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Sozialausschusses
am 28.11.2016 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Hurnik, Ivo
Kleefisch, Peter Josef
Hohl, Peter
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Petrauschke, Hans-Jürgen
Rohde, Klaus
Wörmann, Josef

für: Dr. Leonards-Schippers, Christiane

SPD

Berten, Monika
Daun, Dorothee
Franz, Michael
Pöhler, Raoul
Schmerbach, Cornelia
Servos, Gertrud
Zepuntke, Klaudia

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kresse, Martin
Schäfer, Ilona
Zsack-Möllmann, Martina

für: Müller-Hechfellner, Christine

Vorsitzende

FDP

Pohl, Mark Stephen
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Detjen, Ulrike

Freie Wähler/Piraten

Dr. Grumbach, Hans-Joachim

Verwaltung:

Herr Lewandrowski	LR 7
Frau Prof. Dr. Faber	LR 5
Herr Beyer	Fachbereichsleitung 61
Frau von Berg	Fachbereichsleitung 71
Frau Lapp	Fachbereichsleitung 72
Herr Flemming	Fachbereichsleitung 73
Herr Pagenkopf	Fachbereichsleitung 12
Herr Dr. Schartmann	Leitung Stabsstelle 70.30
Frau Krause	Leitung Stabsstelle 70.10
Herr Dr. Müller	Leitung APX Xanten
Herr Soethout	Fachbereichsleitung 21
Frau Stenzel	71.10 (Protokoll)
Frau Häger	12.01
Herr Braeuning	71.50
Frau Franke	PR 7
Herr Bauch	72.10
Frau Ossig	72.10
Frau Merten	51.20
Frau Eichas	51.20
Frau Sloom	70.00
Herr Wörmann	73.01
Herr Volkwein	21.00
Herr Klein	21.11
Herr Orf	92.11
Herr Sturmberg	03

Gäste:

Herr Huppert	Paritätischer NRW
Herr Schweden	ViaNobis

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

- | | | |
|------|--|--------------------------|
| 1. | Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2. | Aktionsplan Integration von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Einschränkungen im LVR-APX | 14/1628/1 E |
| 3. | Haushalt 2017/2018 | |
| 3.1. | Haushalt 2017/2018
Haushaltsanträge der Fraktionen: Erhöhung der finanziellen Unterstützung für KoKoBes | 14/151 GRÜNE E |
| 3.2. | Haushalt 2017/2018;
Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2017/2018 | 14/140 CDU, SPD E |
| 3.3. | Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2017/2018 für den Produktbereich 05 Soziale Leistungen im Verantwortungsbereich von Dezernat Schulen und Integration (Produktgruppen:034; 035; 041 und 075) | 14/1615 K |
| 3.4. | Haushaltsentwurf 2017/2018
hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses | 14/1572/1 B |
| 4. | Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX | 14/1624 B |
| 5. | Fortsetzung des Angebotes eines zielgruppenspezifischen Jobcoachingangebotes für blinde und sehbehinderte Menschen im Arbeitsleben - IcoSiR | 14/1647 B |
| 6. | Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an die örtlichen Fachstellen für behinderte Menschen im Arbeitsleben im Rheinland für das Jahr 2017 | 14/1571 E |
| 7. | Menschen mit einem besonderen Wohn- und Unterstützungsbedarf - Beantwortung des Antrages 14/60 | 14/1657 K |
| 8. | Ausbildung durch Werkstätten für Menschen mit Behinderung | 14/1658 E |
| 9. | Ansätze zur inklusiven Ausgestaltung von Werkstattarbeit | 14/1649 K |
| 10. | Konzept zur Umsetzung eines alternativen Angebots zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer psychischen Behinderung (Betriebsintegriert arbeiten im Bergischen Land). | 14/1650 K |
| 11. | Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten. | 14/1637 K |
| 12. | Dokumentation des 4. LVR-Werkstatträteworkshops | 14/1690 K |
| 13. | Anfragen und Anträge | |

14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr
Ende der Sitzung: 11:15 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Aktionsplan Integration von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Einschränkungen im LVR-APX

Vorlage 14/1628/1

Die Vorlage wird ausführlich diskutiert. An der Diskussion beteiligen sich **Herr Dr. Grumbach, Frau Schäfer, Herr Runkler, Herr Wörmann** und **Frau Schmerbach**. Es werden unter anderem Fragen zum Berufsabschluss, der langfristigen Planung des Projektes, der Förderungsmöglichkeiten des Integrationsamtes, der Notwendigkeit, einen Tischlermeister einzustellen, zu den Kosten einer Fremdvergabe sowie der Anzahl der Auszubildenden gestellt. Das Projekt wird dabei auch aufgrund seiner inklusiven Arbeit gelobt.

Frau Prof. Faber berichtet, dass zunächst 3 Ausbildungsplätze geplant waren, zwischenzeitlich jedoch 2 Personen auf betriebsintegrierte Arbeitsplätze übernommen werden konnten. Eine Fremdvergabe mit externem Unternehmer hätte mehrere Mio. Euro gekostet.

Herr Beyer ergänzt, dass geplant sei, die Arbeitsplätze in ein Integrationsunternehmen zu überführen. 4 Arbeitsplätze für Menschen mit einer Schwerbehinderung werden aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gefördert. Das Integrationsamt geht davon aus, dass die Personalkosten für die Auszubildenden für den LVR voraussichtlich kostenneutral sein werden, da sie von der Agentur für Arbeit refinanziert werden. Die Auszubildenden erlernen den Beruf eines Fachpraktikers für Holzverarbeitung. Langfristig sei geplant, das Projekt zu erweitern, weitere Auszubildende einzustellen und die Zusammenarbeit mit den Schulen auszuweiten.

Herr Dr. Müller erläutert das Projekt aus archäologischer Sicht. Projekte wie der Schiffsbau, der Nachbau von Kutschen oder Handwerkshäusern seien sehr publikumswirksam, da die Zuschauer an den Projekten teilhaben können. Diese Attraktionen tragen wesentlich zu den hohen Besucherzahlen des APX bei. Ziel sei, derartige Projekte der experimentellen Archäologie bzw. Rekonstruktion fortzusetzen,

immer auch als Angebot für die Besucherinnen und Besucher. Die Projekte mit Menschen mit einer Schwerbehinderung setzen eine intensive Betreuung voraus. Zurzeit betreuen ein Meister, ein Geselle sowie ein Holzhandwerker die 4 Praktikanten. Es ist beabsichtigt, auch die Zusammenarbeit mit der WfbM zu intensivieren.

Herr Dr. Grumbach beantragt daraufhin, die Abstimmung über den Beschlußvorschlag in den LA zu verschieben, damit bis dahin die heutigen zusätzlichen Erläuterungen zu der Vorlage in einer Ergänzungsvorlage zusammengefasst werden können.

Dieser Antrag der Fraktion Freie Wähler/Piraten wird, gegen die Stimme der Fraktion Freie Wähler/Piraten, **abgelehnt**.

Die Vorsitzende teilt ergänzend mit, dass eine Ergänzungsvorlage ab der Beratungsfolge Schulausschuss zur Verfügung steht.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig**, bei Enthaltung der Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN, folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Umsetzung des Aktionsplans Integration von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Einschränkungen im LVR – APX wird gemäß Vorlage 14/1629/1 zugestimmt.

1.
Die im LVR-APX vorhandenen betriebsintegrierten Arbeitsplätze (BIAPs) werden in unbefristete Stellen umgewandelt.
2.
Zwei der im Rahmen des Schiffsbauprojekts bereits intensiv vorgebildeten Praktikanten sollen zum Fachpraktiker für Holzverarbeitung ausgebildet und im Wege der Schaffung von Stellen unbefristet in den Dienst des LVR übernommen werden
3.
Eine Holzwerkstatt soll im LVR-APX dauerhaft eingerichtet und mit den erforderlichen sachlichen Betriebsmitteln ausgestattet werden. Ferner sollen die beiden Auszubildenden bei erfolgreichem Abschluss unbefristet in den Dienst des LVR übernommen werden.
4.
Ein/e Tischlermeister/in als Ausbilder/in und ein/e fachwissenschaftliche/r Integrationskoordinator/in sollen zur dauerhaften Umsetzung des Vorhabens ab 2017 auf neu einzurichtenden Stellen beschäftigt werden.
5.
Die ab dem Jahr 2017 benötigten Finanzmittel werden über den Schlussveränderungsnachweis im Haushalt eingestellt und die benötigten 4 Stellen zum Stellenplan 2017 eingerichtet.

Punkt 3
Haushalt 2017/2018

Punkt 3.1
Haushalt 2017/2018
Haushaltsanträge der Fraktionen: Erhöhung der finanziellen Unterstützung für KoKoBes
Antrag 14/151 GRÜNE

Frau Schäfer erläutert den Antrag, der von **Herr Dr. Grumbach, Herrn Kresse** sowie **Frau Detjen** unterstützt wird. Für **Frau Schmerbach** sei der Antrag nachvollziehbar, sie verweist jedoch auf den Haushaltsbegleitbeschluss unter TOP 3.2 vor dem Hintergrund des BTHG. **Herr Pohl** schließt sich dem an.

Der Sozialausschuss **lehnt** den empfehlenden Beschluss, gegen die Stimmen der Fraktionen Der Linken, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/PIRATEN, **mehrheitlich ab**.

Punkt 3.2
Haushalt 2017/2018;
Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2017/2018
Antrag 14/140 CDU, SPD

An der Abstimmung nehmen die Fraktionen Die Linken, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/PIRATEN nicht teil, da fraktionsintern noch keine abschließende Meinungsbildung erfolgt sei.

Herr Wörmann betont, dass dieser Haushaltsbegleitbeschluss über Zielsetzungen steuern wolle. Zudem sollen NRW-weit einheitliche Lebensverhältnisse geschaffen und einheitliche Vorgehensweisen der beiden Landschaftsverbände erreicht werden. Außerdem bestehe für Menschen mit geistiger Behinderung ein Nachholbedarf bei ambulanten Wohnformen. Hierzu seien verschiedenste Assistenzleistungen notwendig, um auch Menschen mit einer geistigen Behinderung ein selbständiges Wohnen mit ambulanter Unterstützung zu ermöglichen.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich **Frau Schäfer, Herr Dr. Grumbach, Herr Runkler, Herr Wörmann, Herr Kresse** sowie **Frau Detjen**.

Herr Dr. Grumbach bittet, die Abstimmung über den Haushaltsbegleitbeschluss in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu verschieben. Dieser Antrag wird **mehrheitlich** gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie FREIE WÄHLER/PIRATEN **abgelehnt**. Anschließend wird über den Haushaltsbegleitbeschluss abgestimmt.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig**, bei Nicht-Teilnahme der Fraktionen Die Linken, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FREIE WÄHLER/PIRATEN, folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Landschaftsausschuss empfiehlt der Landschaftsversammlung, den als Anlage zum Antrag beiliegenden "Haushaltsbegleitbeschluss" zum Haushalt 2017/2018 bei der Verabschiedung des Haushaltes zu fassen.

Punkt 3.3

Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2017/2018 für den Produktbereich 05 Soziale Leistungen im Verantwortungsbereich von Dezernat Schulen und Integration (Produktgruppen:034; 035; 041 und 075) Vorlage 14/1615

Frau Detjen weist darauf hin, dass bei der Vorlage auf S. 3, Tabelle 041.04 beim Ergebnis jeweils ein Minuszeichen fehlt.

Hinweis: Dies wurde in der Vorlage im LVIS-Archiv geändert!

Die Erläuterungen zum Haushaltsentwurf 2016/2017 für den Produktbereich 05 Soziale Leistungen im Verantwortungsbereich von Dezernat Schulen und Integration (Produktgruppen:034; 035; 041 und 075) werden gemäß Vorlage 14/1615 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.4

Haushaltsentwurf 2017/2018 hier: Zuständigkeiten des Sozialausschusses Vorlage 14/1572/1

Frau von Berg berichtet zum aktuellen Sachstand zu den Integrationshilfen. Die Stadt Köln hat die Klageverfahren zurückgenommen und die Erstattungsverfahren für erledigt erklärt. Auch alle anderen Mitgliedskörperschaften haben eine entsprechende Erledigungserklärung abgeben und ihre sachliche Zuständigkeit für die Integrationshilfen in Schulen und Kindertageseinrichtungen anerkannt, so dass der LVR die für das Jahr 2017 und die Folgejahre gebildeten Haushaltsansätze für die Kostenerstattung für Integrationshilfen entplanen kann. Für das Haushaltsjahr 2017 würde dies eine Entplanung von 90 Mio. €, für das Jahr 2018 von 85 Mio. € bedeuten. Außerdem ist im Veränderungsnachweis der PG 017 eine haushaltsneutrale Umbuchung der Leistungen zur Tagesstrukturierung zu den ambulanten Leistungen zum selbständigen Wohnen erfolgt.

Frau Schäfer merkt an, dass ihre Fraktion dem Haushalt aufgrund der Entplanungen der Integrationshilfen zustimmen werde.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

In Abänderung des Beschlusses gem. Vorlage 14/1572 zum Entwurf des Haushaltsplanes 2017/18 wird dem Haushaltsentwurf in der Form des Veränderungsnachweises für die Produktgruppen 016, 017, 034, 035, 040, 041 und 075 des Produktbereiches 05 sowie der Produktgruppe 065 des Produktbereiches 07 zugestimmt.

Punkt 4

Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX Vorlage 14/1624

Frau Prof. Dr. Faber erläutert die Förderprojekte, insbesondere die Neugründung der discovering hands Service GmbH. Das Projekt läuft jetzt erst an. Die Betriebskrankenkassen haben bereits eine Kostenerstattung zugesagt. Frau **Prof. Dr. Faber** hofft, dass die anderen Krankenkassen dem Beispiel folgen werden. Die Ausbildung findet, inklusive Unterbringung, im BFW Düren statt.

Herr Beyer ergänzt, dass die Nachteilsausgleiche zunächst zentral vom LVR-Integrationsamt gezahlt werden. Im Nachgang erfolgt eine Erstattung seitens des Integrationsamtes des Bundeslandes, in dem der Einsatzort der Beschäftigten liegt. 16 Bundesländer haben dem Verfahren zugestimmt.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/1624 dargestellt, zugestimmt.

Punkt 5

Fortsetzung des Angebotes eines zielgruppenspezifischen Jobcoachingangebotes für blinde und sehbehinderte Menschen im Arbeitsleben - IcoSiR Vorlage 14/1647

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt den Zwischenbericht des Modellprojektes Integrationscoaching für Menschen mit Sehschädigung im Rheinland (IcoSiR) gem. Vorlage Nr. 14/1647 zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss beschließt die Fortführung dieses zielgruppenspezifischen Jobcoachingangebotes für blinde und sehbehinderte Menschen im Arbeitsleben gem. Vorlage Nr. 14/1647.

Punkt 6

Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an die örtlichen Fachstellen für behinderte Menschen im Arbeitsleben im Rheinland für das Jahr 2017 Vorlage 14/1571

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Ausgleichsabgabesatzung wird gemäß Anlage 1 zur Vorlage Nr. 14/1571 zugestimmt.

Punkt 7

Menschen mit einem besonderen Wohn- und Unterstützungsbedarf - Beantwortung des Antrages 14/60 Vorlage 14/1657

Herr Flemming erläutert, dass für die Umsetzung des Antrages 14/60 ein Traineeprojekt durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind in der Vorlage dargestellt. Die Verwaltung wird die Erkenntnisse in die Gespräche mit der Freien Wohlfahrtspflege und den regionalen Akteuren einfließen lassen, mit dem Ziel der Weiterentwicklung der Dienste und Einrichtungen, damit eine individuelle und zielgenaue Unterstützung von Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen ermöglicht werde.

Herr Kresse weist darauf hin, wie wichtig es sei, diese Personengruppe passgenau zu unterstützen.

Frau Detjen schlägt vor, das Institut Compass in den Prozess mit einzubinden.

Die Vorsitzende regt an, die Vorlage den Diensten und Einrichtungen im Bereich der Wohnleistungen zur Kenntnis zu geben.

Die Vorlage Nr. 14/1657 über die Bedarfe und Möglichkeiten der Bedarfsdeckung für

Menschen mit einem besonderen Wohn- und Unterstützungsbedarf wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Ausbildung durch Werkstätten für Menschen mit Behinderung Vorlage 14/1658

Herr Wörmann stellt den Bezug zum APX-Xanten her und schlägt vor, seitens des APX auch in Bezug auf Ausbildungsmöglichkeiten für WfbM – Mitarbeitende enger mit der WfbM in Kleve zusammenzuarbeiten.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Einer einzelfallbezogenen Förderung von Ansätzen zur Entwicklung eigener Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote durch Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) aus Mitteln der Eingliederungshilfe als freiwillige Ermessensleistung wird, wie in der Vorlage 14/1658 dargestellt, zugestimmt.

Punkt 9

Ansätze zur inklusiven Ausgestaltung von Werkstattarbeit Vorlage 14/1649

Frau Lapp verweist insbesondere auch auf die beigefügten Beispiele sozialraumorientierter inklusiver Ansätze aus dem Rheinland. Sie weist außerdem darauf hin, dass eine Öffnung der Werkstätten für langzeitarbeitslose Personen oder Flüchtlinge ohne Behinderung nicht befürwortet wird.

Die Ausführungen zur Vorlage 14/1649 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 10

Konzept zur Umsetzung eines alternativen Angebots zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit einer psychischen Behinderung (Betriebsintegriert arbeiten im Bergischen Land). Vorlage 14/1650

Frau Schäfer begrüßt die Möglichkeit, dass Menschen mit Behinderung in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes damit ein alternatives Angebot zur Tätigkeit in einer WfbM haben und bittet die Verwaltung, nach einem Jahr über die Erfahrungen zu berichten.

Die Ausführungen der Verwaltung gemäß der Vorlage 14/1650 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 11

Aktuelle Entwicklung und Planung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten. Vorlage 14/1637

Auf Nachfrage von **Frau Detjen** verweist **Frau Lapp** auf das der Vorlage als Anlage beigefügte Eckpunktepapier zum Teilhabemanagement in rheinischen Werkstätten, welches insbesondere auch Ziele und Teilhabewünsche der Beschäftigten berücksichtigt.

Die Darstellungen der aktuellen Entwicklung sowie der Planungen zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Beschäftigung in den rheinischen Werkstätten werden gemäß der

Vorlage-Nr. 14/1637 zur Kenntnis genommen.

Punkt 12

Dokumentation des 4. LVR-Werkstatträteworkshops Vorlage 14/1690

Herr Kresse regt an, den Workshop zukünftig jährlich zu ermöglichen, falls das von den Teilnehmenden gewünscht wird.

Frau Lapp ergänzt, dass sich durch den Workshop unterjährig viele bilaterale Gespräche mit den Werkstatträten ergeben und der LVR damit für die Teilnehmenden ein "Gesicht" bekommen habe.

Frau Servos schlägt vor, eine Broschüre für Werkstatträte aufzulegen. Die Verwaltung wird den Vorschlag nach Inkrafttreten des BTHG aufgreifen.

Die Dokumentation des 4. Werkstatträte-Workshops wird gemäß Vorlage 14/1690 zur Kenntnis genommen.

Punkt 13

Anfragen und Anträge

Keine Wortmeldung.

Punkt 14

Mitteilungen der Verwaltung

BIH

Frau Prof. Dr. Faber berichtet, dass die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) auf ihrer Jahreshauptversammlung Anfang November in Köln ihren Vorstand neu gewählt haben. Neuer BIH-Vorsitzender ist ab 01.01.2017 der Leiter des LVR-Integrationsamtes, Christoph Beyer.

BTHG/PSG II

Herr Lewandrowski berichtet über den aktuellen Sachstand. Der Bundestag soll am 01.12.2016, der Bundesrat am 16.12.2016, über den Gesetzentwurf entscheiden. Änderungen im Gesetzentwurf sind beispielsweise bei der Zugangsschwelle zur Leistungsberechtigung zu erwarten. In einem ersten Schritt wird ab 01.01.2017 die Vermögensfreigrenze erhöht. Ein Landesgesetz zur Ausführung müsste zum 01.01.2018 erfolgen. Die Sozialausschüsse des Städtetages und des Landkreistages NRW haben sich dafür ausgesprochen, dass sich die bundesgesetzliche Trennung von existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen auch in der Zuständigkeitsverteilung auf örtliche und überörtliche Sozialhilfeträger wiederfindet und eine Delegationslösung zwischen überörtlichem und örtlichem Sozialhilfeträger möglich wird.

Das Pflegestärkungsgesetz II ist zum 01.01.2016 in Kraft getreten, einige Regelungen entfalten jedoch erst zum 01.01.2017 ihre Wirkung. Dies sind u.a. Regelungen zur Überleitung bestehender Pflegestufen in Pflegegrade und Regelungen zu den Leistungshöhen, die von den Pflegeversicherungen ab dem 01.01.2017 erbracht werden. Je nachdem, ob bei Menschen mit einer Pflegestufe zusätzlich auch eine eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt wurde oder nicht, werden diese zum 01.01.2017 in den nächsthöheren Pflegegrad oder in den Pflegegrad darüber übergeleitet. Der LVR wird die Anschreiben bzgl. einer Neubegutachtung kurzfristig versenden, um Leistungsansprüche zu sichern.

Herr Wörmann bittet die Verwaltung, in einer der ersten Sitzungen in 2017 den Sozialausschuss darüber zu informieren, welche Aufgaben, verbunden mit den finanziellen Auswirkungen, aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen auf den LVR in Ausführung des BTHG durch Landesgesetz zukommen könnten.

Punkt 15
Verschiedenes

Die Vorsitzende verabschiedet Frau Lapp in ihrer letzten Sitzung des Sozialausschusses. Sie bedankt sich bei ihr für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für ihre zukünftige Tätigkeit beim LVR alles Gute.

Solingen, den 20.12.2016

Die Vorsitzende

Z s a c k - M ö l l m a n n

Köln, den 14.12.2016

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i